1934 – 1945

Der Sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 6/7/8 | Juni/Juli/August 1979 | 5 Schilling

Vierzig Jahre danach...

Am 1. September 1939 fielen die ersten Schüsse des von Hitler entfesselten Zweiten Weltkrieges. Vor vierzig Jahren erfüllte sich so die Erkenntnis, daß Faschismus Krieg bedeutet. Unermeßlich ist das Leid, das dieser von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft der Welt aufgezwungene Krieg über Millionen Menschen brachte. Gewaltig waren die Anstrengungen und Opfer, die zur Niederringung der faschistischen Diktatur notwendig waren. Und am Ende dieses Krieges stand mit der Atombombe von Hiroshima das Fanal eines neuen Zeitalters der Massenvernichtungsmittel.

Gewiß, der Faschismus war 1945 besiegt und niedergeworfen, der große Weltkrieg war beendet. Aber der Friede kehrte damit nicht auf unserem Planeten ein. Der ungarische Historiker Prof. Istvan Kende hat ermittelt, daß seit dem Zweiten Weltkrieg nicht weniger als 130 Kriege mit einer Gesamtdauer von etwa 400 Jahren geführt wurden. Mehr Menschen als im Zweiten Weltkrieg wurden in diesen Kriegen getötet. Man kann wahrlich nicht guten Gewissens von einer „Nachkriegsperiode" seit 1945 sprechen.

In Europa, in Mitteleuropa wenigstens, sind uns allerdings seit 1945 kriegerische Auseinandersetzungen erspart geblieben, sieht man von den Ereignissen in Ungarn 1956 oder in der CSSR 1968 ab. Gerade wir Sozialisten konnten und können aber auch nicht unberührt bleiben von Kriegen in anderen Kontinenten. Unsere Solidarität galt und gilt dabei den Völkern, die um ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen.

Unsere Solidarität galt auch dem Volk von Vietnam, so wie sie allen unterdrückten Völkern gilt. Und wenn wir heute das Drama der Vietnamflüchtlinge erleben, so sind auch wir ergriffen von ihrem Schicksal. Es ist jedoch beschämend, daß mit diesem Schicksal billige politische Polemik betrieben wird.

Die Waffenarsenale vor allem der Supermächte wurden seit 1945 angefüllt wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Allein die Vorräte an Atomwaffen reichen aus, die Bevölkerung dieser Erde mehrfach auszurotten. In Wien haben sich im Juni zwar die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion auf ein neues Rüstungsbegrenzungsabkommen geeinigt, doch mußte man schon kurz darauf von neuen Rüstungen und einer Steigerung der US-Rüstungsausgaben als Preis für die Annahme des SAL-Abkommens durch den Senat der USA lesen. Ein Ende des Wettrüstens ist noch nicht abzusehen. Das Damoklesschwert der Vernichtung bleibt über uns hängen.

Vierzig Jahre nach Entfesselung des Zweiten Weltkrieges bleibt es daher Aufgabe der Sozialisten, weiter für Frieden und Abrüstung zu kämpfen. Dieser Kampf ist auch heute ein Kampf gegen Faschismus und Unterdrückung, ein Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Sozialismus.

Wir werden Friedrich Adler niemals vergessen!

Eindrucksvolle Gedenkkundgebung anläßlich des 100. Geburtstages

Friedrich Adler (1879—1962)

Am 7. Juli 1979 fand auf dem Wiener Zentralfriedhof ein vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus veranstalteter Schweigemarsch mit anschließender Gedenkkundgebung vor dem Grab Friedrich Adlers statt.

An der Spitze gingen die Mitglieder des Bundesvorstandes der sozialistischen Freiheitskämpfer, geführt von Genossin Rosa Jochmann. Ihnen folgten der Präsident des Nationalrates, Anton Benya, die Zentralsekretäre Blecha und Marsch, die Bundesminister Dr. Broda, Dr. Firnberg, Dr. Weißenberg, Dr. Leodolter und Rösch. Ebenso nahmen, neben vielen anderen Persönlichkeiten und einer Gruppe von Freiheitskämpfern aus dem Burgenland, der internationale Sekretär der SPÖ, Prof. Walter Hacker, der Wiener Bildungsobmann Abg. Ernst Nedwed, Landtagspräsident Hubert Pfoch, der Obmann der Sozialistischen Jugend Wien, Ernst Woller, und die Enkelin Friedrich Adlers teil.

Vor dem Grab sagte Wissenschaftsminister Dr. Herta Firnberg in ihrer Gedenkrede:

„Am 9. Juli jährt sich zum 100. Male der Geburtstag von Friedrich Adler. Welche Bedeutung ihm, dem Sohn unseres unvergeßlichen Parteivorsitzenden Victor Adler, für die österreichische und darüber hinaus für die internationale Arbeiterbewegung zukommt, wissen alle, die die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie und die Geschichte der Sozialistischen Internationale kennen.

Im wahrsten Sinne des Wortes in die Politik ‚hineingeboren', hat er bereits in frühesten Kindheitstagen sozialistisches Leben und Arbeit, den Kampf für eine bessere Welt, erfahren. Neben seinem Vater, der großen Führungspersönlichkeit der österreichischen Sozialdemokratie, waren es auch seine Mutter, eine hochgebildete, in der Politik tief verwurzelte Frau, sowie zwei ihrer Brüder, Heinrich und Adolf Braun, deren Wirken in der Frühzeit der österreichischen und deutschen Arbeiterbewegung besondere Bedeutung hatte.

Früh nahm Friedrich Adler an Demonstrationen und an den Parteitagen teil. Früh wurde es ihm zur Selbstverständlichkeit, daß der Vater wegen seiner Reden und Schriften ins Gefängnis wanderte, und diese Erfahrungen haben wohl auch erheblich mitgeholfen, den Geist der Opferwilligkeit heranzubilden, als dessen vornehmsten Träger wir den erwachsenen Friedrich Adler kennengelernt haben.

Zunächst aber sollte er unter einem anderen Aspekt wirken: Er wendete sich der Wissenschaft zu und studierte Physik in Wien und Zürich, wo sich auch seine Begabung in der Beschäftigung mit ‚rein theoretischen Dingen' erweisen sollte.

Bald aber wendet er sich wieder der Politik zu, arbeitet als Redakteur und hat im Ausland Gelegenheit, mit zahlreichen Prominenten der Internationale in persönlichen Kontakt zu kommen. 1911 wird er vom Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie als Sekretär nach Wien berufen, und unter anderem in der Folge mit den Vorbereitungen zum Internationalen Sozialistenkongreß, der 1914 in Wien stattfinden sollte, betraut. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der den Wiener Sozialistenkongreß vereitelte, traf Friedrich Adler, dessen ganze Hingabe und Liebe der Partei und der internationalen Arbeiterbewegung gehörte, ganz besonders.

Das Attentat

Und hierin ist auch die Wurzel für ein zentrales Ereignis seines Lebens zu suchen, das des Attentats auf Ministerpräsident Graf Stürgkh. Um dieses Ereignis zu verstehen, muß man die Situation kennen, aus der es entstand, aber auch den Menschen, der es beging. So war es für Friedrich Adler unfaßbar, daß die Sozialistische Internationale, der er so sehr verbunden war, den Problemen nicht gewachsen war, die der Ausbruch des Ersten Weltkrieges aufwarf und diesen auch nicht verhindern konnte. Und so mußte der unselige Krieg — um so länger er dauerte und die Auswirkungen zu spüren waren — in ihm leidenschaftlichen Trotz und Ablehnung wekken — und ihn schließlich auch in Widerspruch zu seiner eigenen Partei, der er mit Leib und Seele angehörte, bringen.

Friedrich Adler gewann aus dieser Situation die Überzeugung, daß er durch eine entschlossene und spektakuläre Tat die Öffentlichkeit aufrütteln und eine Entscheidung erzwingen müsse. Er, der niemanden etwas zuleide tun konnte, sah schließlich keine andere Möglichkeit, als sich durch die Tötung eines Menschen Gehör zu verschaffen.

Daß er damit sein eigenes Schicksal und Leben aufs Spiel setzte, wurde von ihm auch als ein ‚persönliches Opfer' angesehen. Dies wog für ihn jedenfalls leichter als der Bruch mit der alten, festgefügten Tradition der Sozialdemokratie, die die Anwendung des individuellen Terrors verbot. Wenn er diese Tat dennoch vollbrachte, so ganz gewiß — wie wir vermuten dürfen — nach langen quälenden Überlegungen, die ihn auch nach dem Attentat bis an sein Lebensende beschäftigt haben.

Der Prozeß

Sein Prozeß vor dem Ausnahmegerichtshof erhellte das Motiv dieser Tat eindeutig. Wie schon so oft in der Geschichte, wurde aus dem Angeklagten eines politischen Prozesses ein menschlich überzeugender und unnachsichtiger Ankläger der herrschenden Gesellschaftsordnung. Adlers Verteidigungsrede war jedenfalls das erste freie Wort in der Öffentlichkeit seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Seine große Rede vor Gericht hatte es völlig klargemacht, daß sein Protest und besonders die Form der Auflehnung nur aus seiner Ablehnung der Diktatur der Habsburger Regierung seit dem Kriegsausbruch zu erklären war. Verurteilung, Begnadigung und Entlassung brauchen hier wohl nur am Rande gestreift werden.

Am Vorabend der Republik aus der Haft entlassen, kehrte er zurück an das Sterbebett seines Vaters. Er stellt sich sofort der jungen Republik zur Verfügung. Unter Einsatz seiner ganzen Popularität hilft er in den Arbeiter- und Soldatenräten, völlig unvorbereitete Männer und Frauen zu demokratischen Bürgern einer eben erst geborenen, kleinen, kaum lebensfähig scheinenden Republik heranzubilden. Als Abgeordneter des traditionsreichen Arbeiterbezirkes Favoriten, den schon sein Vater vertrat, hat er für einige Jahre ein bedeutendes Tätigkeitsgebiet für die österreichische Sozialdemokratie.

Im Dienste der Internationale

Als er 1923 Österreich verläßt, beginnt der zweite Abschnitt seines Lebens, der ihn wieder in die internationale Arbeiterbewegung führt. Als Sekretär der nach dem Ersten Weltkrieg wiedererstandenen Internationale hat er wesentliche Verdienste um den Wiederaufbau und die politische Standortbestimmung der Internationale.

Wenn er auch von nun an unermüdlich im Dienste der völkerverbindenden Idee des Sozialismus arbeitete, blieb er dennoch in seinem Herzen eng der österreichischen Bewegung verbunden. Er wurde nicht müde, das Ausland zu warnen, je näher das Unheil von 1934 und die Zeichen des Faschismus heranrückten.

Der Zweite Weltkrieg trieb auch ihn, der während der Herrschaft der Faschismen in Europa für

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

deren Opfer unwägbare Hilfeleistung brachte, ins Exil. Ungebrochen an Geist und Schaffenskraft kehrte er nach Kriegsende nach Europa zurück.

In den letzten Jahren seines Lebens hat er sich darauf beschränkt, die Geschichte des Sozialismus zu erforschen und die Literatur durch zahlreiche Schriften, insbesondere durch die Herausgabe der Korrespondenz seines Vaters und einer Reihe gleichgesinnter Freunde, zu bereichern. Im Alter von 83 Jahren starb Friedrich Adler in Zürich.

Wenn wir heute seines 100. Geburtstages gedenken, so mögen wir uns auch nach dem Stellenwert seiner Bedeutung in der sozialdemokratischen Bewegung fragen.

‚Er war ein Mann des Geistes, der Wissenschaft, des Denkens, aber er war zugleich ein Mann der Grundsätze, der Überzeugung und des Wollens. Aus all diesen seinen Errungenschaften entsprang die Tat, mit der er sich in ehernen Lettern in die Geschichte eingetragen hat, mit der er wahrhaft geholfen hat, die Welt zu ändern', stellt Benedikt Kautsky in seinem Nachruf auf Friedrich Adler fest.

Wir verdanken ihm gewiß viel mehr, als in diesen wenigen Worten skizziert werden kann. Besonders verdanken wir ihm das Bewußtsein um die unversiegbare Kraft des demokratischen Sozialismus, um die Kraft einer Idee, die unsere Welt so wesentlich gestaltet."

Nach Wissenschaftsminister Genossin Herta Firnberg sprach für die sozialistischen Freiheitskämpfer Genosse Josef Hindels. Er sagte unter anderem:

„Die sozialistischen Freiheitskämpfer haben eine besondere Beziehung zu Friedrich Adler, obwohl er zu einer anderen Generation gehört. In der Nacht des Faschismus war er uns das Vorbild eines Sozialisten, der im Kampf um den Sozialismus zu jedem Opfer bereit ist.

Friedrich Adler hat uns vor allem eines gelehrt: Daß ein Sozialist im Kerker zwar gezwungen werden kann, seine Habseligkeiten abzugeben, aber daß niemand ihn zwingen kann, seine Gesinnung abzuliefern.

Und als in den Prozessen gegen Revolutionäre Sozialisten unsere Genossen und Genossinnen den Mut hatten, den Gerichtssaal als Tribüne der Anklage gegen die Barbarei des Faschismus zu benützen — als sie sich stolz zum Sozialismus bekannten —, da handelten diese Revolutionären Sozialisten als Schüler Friedrich Adlers, dessen großartige Rede vor dem Ausnahmegericht uns als Jugendliche begeisterte. Sie setzten in der faschistischen Zeit seine kämpferische Tradition fort."

Genosse Hindels beschäftigte sich sodann mit der Bedeutung Friedrich Adlers als austromarxistischer Theoretiker und sagte unter anderem:

„Friedrich Adler hat lange bevor unser Freiheitskampf begann, in Reden und Artikeln immer wieder die Meinung vertreten: Die Sozialisten dürfen nicht eine Partei sein unter Parteien. Sozialismus war für ihn mehr als eine Summe von Reformen. Sozialismus, so wurde er nicht müde zu erklären, ist unmöglich ohne sozialistische Ideologie, ohne sozialistische Gesinnung.

Sozialisten müssen durchdrungen sein von der Idee, für eine neue Gesellschaft zu kämpfen, die Welt zu verändern. Manche meinten, dies sei zu pathetisch, es entferne sich von der Realität, Friedrich Adler wurde auch oft der Vorwurf gemacht, er sei ein weltfremder Ideologe, er stellte an die Sozialisten zu hohe Anforderungen.

Aber wie recht Friedrich Adler hatte, das bewies uns der Anschauungsunterricht von zwei faschistischen Diktaturen:

Nach dem Februar 1934 hatte die niedergeworfene, die in die Illegalität gedrängte Arbeiterbewegung den Menschen keine materiellen Vorteile zu bieten: weder Wohnungen noch Arbeitsplätze. Wer sich zu ihr bekannte, hatte nur mit Verfolgungen zu rechnen. Und diese Verfolgungen waren schlimmer als jene in den Anfängen der Arbeiterbewegung.

Dennoch gab es Sozialisten, die sich auch angesichts des Galgens zum Sozialismus bekannten, die auch in den Zuchthäusern und KZs ihrer Gesinnung treu blieben. Am Beispiel dieser illegalen Kämpfer haben wir erlebt, welche Kraft der sozialistischen Idee innewohnt, haben wir erkannt, daß Friedrich Adler zu den großen Lehrern der sozialistischen Bewegung gehört, die auch kommenden Generationen viel zu sagen haben.

Friedrich Adler ist für uns aber auch ein Pionier der innerparteilichen Demokratie!

Weil er die Partei geliebt hat und sich ihr eng verbunden fühlte, hat er nach dem Grundsatz gehandelt:

Wenn unsere Partei Fehler begeht, wenn sie sich irrt, wenn sie von den sozialistischen Grundsätzen abrückt — dann ist es die Pflicht überzeugter Sozialisten, innerparteilich Kritik zu üben —, ohne den Boden der Partei zu verlassen, ohne ihre Einheit in Frage zu stellen.

Friedrich Adler hat erkannt und es oft ausgesprochen: Der Sozialismus ist nicht bloß die Aufgabe eines Volkes, sondern die der gesamten Menschheit, will sie nicht in Barbarei versinken.

Der Text jenes Liedes, das uns Sozialisten unendlich viel bedeutet, ‚Die Internationale', drückt am klarsten aus, was Friedrich Adlers Lebenswerk war. Er handelte stets nach den Worten:

Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!"

Der KZ-Staat

Die Volkshochschule Wien-Brigittenau (20, Raffaelgasse 13) veranstaltet im Herbst und im Winter eine Vortragsreihe mit Dokumentarfilmen und -aufnahmen zum Thema „Der KZ-Staat — Das Deutsche Reich unter Hitler".

Dienstag, 9. Oktober: Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der deutschen Konzentrationslager vor 1938 — Der 9. November 1938

Dienstag, 27. November: Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Konzentrationslager 1939 bis 1945 — Mit Film „Theresienstadt — der Führer schenkt den Juden eine Stadt"

Dienstag, 11. Dezember: Die Zukunftsplanung für die Konzentrationslager — Mit Film „Nacht und Nebel"

Dienstag, 15. Jänner: Diskussion „Verjährt, verdrängt, vergessen — Bewältigung der NS-Vergangenheit — aber wie?" mit Prof. Paul Blau, Ministerialrat Dr. Kurt Skalnik, Ing. Curt Ponger und Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl. Diskussionsleitung: Prof. Dr. Herbert Steiner

Abonnement S 40.— (vier Abende), Gastkarte S 15.—. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19 Uhr.

Antifaschismus – demokratische Pflicht

Aus Anlaß der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen vor 34 Jahren fand am 13. Mai 1979 wie alljährlich eine Kundgebung zum Gedenken an die Opfer, die in der Hölle von Mauthausen gelitten und nicht überlebt haben, statt. An diesem Gedenken nahmen 3200 sozialistische Freiheitskämpfer teil, um wieder unter Beweis zu stellen, daß unsere Kampfgefährten nicht vergessen sind.

Innenminister Erwin Lanc hielt eine Ansprache, die wir im Wortlaut veröffentlichen. Er führte aus:

Heuer jährt es sich zum 30. Male, daß über Antrag von Bundesminister Oscar Helmer das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen zu Ehren der im Kampf um ein freies demokratisches Österreich gefallenen Opfer zum öffentlichen Denkmal erklärt worden ist. 34 Jahre nach der Befreiung durch die Alliierten stehen nach wie vor Menschen fassungslos vor den stummen und lebenden Zeugen der Todesmaschine des Nationalsozialismus.

Allein in diesem Lager und seinen Außenstellen sind etwa 110.000 Menschen ermordet worden – zweimal die Bevölkerung von St. Pölten, dennoch nur ein Ausschnitt dessen, was Österreich in sieben Jahren zwischen 1938 und 1945 an Blutzoll entrichtet hat.

247.000 zur Deutschen Wehrmacht eingezogene Österreicher sind nie mehr heimgekehrt,

24.300 Zivilisten, zumeist ältere Menschen, Frauen und Kinder, wurden durch Luftangriffe getötet,

64.459 Österreicher jüdischen Glaubens oder auch nur nach den Nürnberger Rassengesetzen zu Juden erklärt, wurden ermordet,

2700 Österreicher sind darüber hinaus aus politischen Gründen hingerichtet worden und

16.100 haben die GESTAPO-Haft schon vor ihrer Verhandlung nicht überlebt,

16.500 Österreicher – aus politischen Gründen und ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslagern angehalten – sind dort gestorben.

Insgesamt haben 5,6 Prozent der damaligen Bevölkerung Österreichs als Folge von Faschismus und Krieg ihr Leben verloren. Darüber hinaus haben aus politischen und rassischen Gründen 100.000 Österreicher in dieser Zeit drei Monate bis sieben Jahre in Kerkern und Konzentrationslagern überstehen müssen

Allein auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich hat es zwei Konzentrationslager und 47 Nebenlager gegeben. Der nationalsozialistische Völkerkerker brachte es auf insgesamt 1226 Hauptlager, 1011 Außenkommandos und 114 Unterkommandos, insgesamt 2351 Anhaltungsorte.

Trotz millionenfachen Mordes haben dort zu Kriegsende rund eine halbe Million Menschen gelebt, davon 64.800 innerhalb der Grenzen der Republik Österreich.

Die Gigantonomie nationalsozialistischer Menschenvernichtung, die sich daraus ergebende Unfähigkeit eines normalen Menschen, das darin verborgene menschliche Leid der Betroffenen verstandesmäßig zu erfassen oder gar zu erfühlen, ist in Wahrheit das Problem der Vermittlung dieser Ereignisse an die nächsten Generationen.

Da Information über Faschismus und Nationalsozialismus die Voraussetzung für erfolgreiche Bekämpfung des Neofaschismus ist, bedeutet die Unfaßbarkeit des vergangenen Grauens auch, daß es kaum zu vermitteln ist und damit bei weitem nicht die abschreckene Wirkung auslöst, die es auslösen müßte.

133.000 Besucher in einem Jahr

Gedenkstätte und Mahnmal Mauthausen wurde allein 1978 von fast 133.000 Menschen – davon fast die Hälfte junge Menschen – besucht. In den ersten Monaten des heurigen Jahres ist dieser Besuch bei Schülern um 100 Prozent angestiegen. Die damit verbundene Arbeit der österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen ist dadurch ungeheuer angewachsen. Dazu kommt noch, daß ebenso Absolventen der Wiener Neustädter Militärakademie wie Wiener Polizeischüler seit Jahren mit dem damaligen Konzentrationslager Mauthausen konfrontiert werden und dort mit ehemaligen Insassen des Lagers diskutieren können. Was hier an Faschismusprävention geleistet wird, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, und ich möchte mich dafür auch in aller Form bei den Mitarbeitern der Lagergemeinschaft namens der Bundesregierung bedanken.

Bleiben wir wachsam!

Wir wollen bei aller Bedeutung Mauthausens für Österreich und die Österreicher aber am heutigen Tag auch nicht vergessen, daß es in diesem Lager Bürger fast aller europäischer Nationen gegeben hat. Hier ist ein wesentlicher Teil der polnischen und tschechischen Intelligenz physisch vernichtet worden. Hier ist ein wesentlicher Teil der Zigeuner ausgerottet worden, und es hätte nicht mehr lange gedauert, bis auch alle slawischen Völker – ähnlich wie das in Polen schon angelaufen war – systematischer Ausrottung als Ausfluß des Rassenwahns anheimgefallen wären.

Wer sonst, wenn nicht der Innenminister einer demokratischen Republik hat sich darum zu sorgen, daß sich so etwas nie wiederholen kann. Diskussionen kann es nur über das „Wie" geben.

So wie sich die Gesellschaft durch Gesetze und darauf gestützte Arbeit der Sicherheitsorgane und Gerichte gegen kriminelle Außenseiter zu schützen versucht ohne zu glauben, damit die Kriminalität zum Verschwinden bringen zu können, ist sie gut beraten, wenn Gesetze gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung ernst genommen werden und – wo immer möglich – angewendet werden. Für die Demokratie gefährlich wäre es jedoch, würden die Demokraten glauben, den Faschismus wegadmini-

Schluß auf Seite 6

Nazi-Nostalgie als Fremdenverkehrsattraktion

30 Kilometer vom KZ Mauthausen entfernt wird eine Vergangenheitsbewältigung besonderer Art betrieben: Es ist das schon sattsam bekannte Wehrmachtsmuseum von Ardagger. Was uns im Zusammenhang mit diesem Museum besonders auffällt, ist der Versuch, diese von zwei Hobbysammlern — nach der Meinung von Ortsbewohnern „idealistische", völlig „harmlose" sowie „unpolitische" Leute — zusammengetragene Sammlung von Uniformen, Waffen, Hakenkreuzfahnen, Fahrzeugen und dergleichen mehr als eine Fremdenverkehrsattraktion darzustellen. Dies wird noch dadurch bekräftigt, daß den beiden NS-Reliquiensammlern eine Fertigteilhalle um zwei Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und diese Sache sowohl vom Fremdenverkehrsobmann als auch vom Bürgermeister Karl Amon kräftig unterstützt wurde beziehungsweise wird, wobei sich letzterer sogar bemüßigt fühlt, als Obmann einem obskuren Verein mit dem Namen „Verein für Europäische Heereskunde mit Wehrmachtsmuseum 1914—1945" vorzustehen.

Unserer Meinung nach dient ein Museum wie das in Ardagger, wo unter anderem auch nichts von den Schrecken der NS-Zeit gezeigt und erwähnt wird, nur dazu, die Zeit des Nationalsozialismus zu verniedlichen und zu bagatellisieren. Hier wird NS-Nostalgie um ein paar Schillinge Eintrittsgeld für jene alten und jungen „Kameraden" vermittelt, für die die Zeit 1945 stehengeblieben beziehungsweise das Bild dieser Zeit mit einem Hauch von Landserromantik umgeben ist. Dieser, nach der Meinung der Verantwortlichen für dieses Museum, sogenannte „lebendige Geschichtsunterricht" hat nur den Zweck, die NS-Zeit zu verharmlosen, wenn nicht zu glorifizieren!

Dazu kommt noch, was den Charakter und den Zweck dieses Kultes um NS-Reliquien noch deutlicher macht, daß diese beiden sogenannten harmlosen und unpolitischen Sammler in einem ihrer Informationsblätter für die Jungkameradschaft Babenberg, eine rechtsradikale, paramilitärische Gruppe, geworben, und, was in letzter Zeit auch öffentlich bekannt wurde und sogar das Innenministerium auf den Plan gerufen hat, Abzeichen mit Hakenkreuzen verkauft haben.

Wenn auch die Gemeinde durch den Besuch dieser Ausstellung mitverdient, und es daher verschiedenen alten Kameraden leichtfällt, Teilen der Bevölkerung einzureden, daß diese Verherrlichung des braunen Terrorregimes nur den Zweck einer Fremdenverkehrsattraktion erfüllt, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Zeit des Nationalsozialismus ein viel zu brisantes Thema ist, um sie als eine billige Fremdenverkehrsattraktion darzustellen.

Angesichts der noch immer andauernden Aufarbeitung dieser Zeit und der Diskussionen, die im Zusammenhang mit Faschismus und Nationalsozialismus stattfinden sowie der damit oft versuchten Tabuisierung dieser Fragen und nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Auftreten rechtsradikaler und neofaschistischer Gruppen und Strömungen, ist es notwendig, dieses Thema grundlegenden Analysen zu unterziehen und alle Aspekte, seien sie historischer, ökonomischer, gesellschaftlicher Natur, zu untersuchen, die das Aufkommen faschistischer Ideologien ermöglichen beziehungsweise ermöglichen könnten.

In diesem Zusammenhang ist es aber auch notwendig, eine unumschränkte Aufklärung über das Wesen des Nationalsozialismus und faschistischer Ideologien zu liefern sowie auch neofaschistischen Strömungen entgegenzutreten.

Wir sind der Ansicht, daß solche Museen wie das in Ardagger eine rechtsextremistische Provokation darstellen, der auf allen Ebenen entgegengetreten werden muß!

(Dieser Beitrag wurde uns von der Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft/Wien zur Verfügung gestellt.)

Schluß von Seite 5

strieren zu können. Beste Faschismusbekämpfung ist es, Demokraten zu erziehen. Beste Form Demokraten zu erziehen ist es, sie über den Ungeist des Faschismus zu informieren und Demokratie vorzuleben. Demokratie vorzuleben heißt unter anderem und nicht zuletzt möglichst viel politisch zu argumentieren und so wenig wie möglich polizeilich zu administrieren. Freuen wir uns, daß der Antifaschismus in Österreich eine so starke Verankerung hat wie nie zuvor. Bleiben wir gleichzeitig wachsam gegenüber jenen wenigen, die Argumenten gegenüber unzugänglich bleiben. Dann haben wir jenes Maß an gelebter Demokratie und an Demokratenschutz gefunden, das wir jenen schulden, die in diesem Lager ihr Leben lassen mußten.

„Es war doch nicht umsonst . . ."

Auszug aus dem Brief eines Genossen, der zum Tode verurteilt war, im letzten Moment begnadigt wurde, emigrieren konnte und zutiefst noch immer mit uns verbunden ist:

Ich denke zurück an die Zeiten der Ersten Republik. Noch ein paar Prozent, sagte uns unser unvergeßlicher Genosse Otto Bauer, und wir haben die Mehrheit. Damals gelang es nicht, und als es soweit war, unterbrach der Faschismus unseren Aufstieg! Anscheinend blieb es nur ein Wunsch, aber fast 50 Jahre später kam die Erfüllung — und vieles andere, was wir damals nur erhoffen konnten, wurde erfüllt, und mehr als das!

Nach einer bangen Woche des Wartens und der Ungewißheit . . . wird die Partei die Mehrheit behalten . . . Hoffnung und Zweifel stritten in mir . . ., und Montag früh holte ich zaghaft die Zeitung und las zu meiner namenlosen Freude auf der ersten Seite von eurem Sieg! (Der Genosse schreibt diesen Satz in der Sprache des Landes, wir müssen aus Sicherheitsgründen für ihn darauf verzichten.)

Wir alle waren mehr als glücklich . . ., meine Frau stellte einen Strauß roter Nelken auf den Tisch und wir malten uns das Glück von euch in dieser Nacht vor dem Rathausplatz aus und mußten denken: Also es war doch nicht umsonst . . . Möget ihr nur niemals vergessen, immer wieder einen Blick in die Vergangenheit zu werfen, und dann aus dieser Erkenntnis die Zukunft gestalten.

Aufhebung der Verjährung wegen Mord in der Bundesrepublik Deutschland

Mit knapper Mehrheit hat am 3. Juli 1979 der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland die Aufhebung der Verjährung bei Mord beschlossen. Bei Durchsicht der Debatten des Bundestages vom 10. März 1965, anläßlich welcher die Grundlagen für die Verlängerung der Verjährungsfrist in Sachen Strafverfolgung von mit lebenslangem Zuchthaus bedrohten Verbrechen von bisher 20 auf 30 Jahre geschaffen worden waren, hat der damalige Abgeordnete Benda ausgeführt, daß für die Strafverfolgung der mit lebenslangem Zuchthaus bedrohten Verbrechen Verjährung überhaupt nicht mehr eintreten möge.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Jahn führte damals unter anderem aus: „Diejenigen, mit denen wir uns hier zu beschäftigen haben, sind Mörder gewesen; sie sind Mörder in der einfachen Form des Kriminellen gewesen, wie wir sie nach unserer Strafrechtsordnung kennen und für sie kann das Wort über politischen Irrtum nicht gelten. Denn es gibt Dinge, über die man sich nicht irren kann. Wer mordet, ob er es unmittelbar tut oder vom Schreibtisch aus, der kann dabei nicht irren. Über das, was er getan hat, ist er nicht im unklaren gewesen."

Ein anderes Zitat aus der Debatte im Deutschen Bundestag vom 10. März 1965. Es ging um die allfällige Änderung des Grundgesetzes wegen des Artikel 103 (2) / Verbot rückwirkender Strafgesetze. (Dieser Artikel des Grundgesetzes wurde immer wieder, auch in der Debatte vom 4. Juni 1979 von die Verjährung von NS-Verbrechen bejahenden Abgeordneten herangezogen — unter Mißachtung des Artikel 25, 139, 1 und 2 und andere mehr — desselben Grundgesetzes.)

„Selbst bei extremster Auslegung des Artikel 103 (2) Grundgesetz", führte damals der SPD-Abgeordnete Arndt aus, „haben wir den Beweis dafür, daß die Aufhebung beziehungsweise die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen gerade von der Rechtsstaatlichkeit zu fordern ist, in Artikel 7 der römischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom Jahre 1950. Dieser lautet im Absatz 2: ‚Durch diesen Artikel darf die Verurteilung oder Bestrafung einer Person nicht ausgeschlossen werden, die sich einer Handlung oder Unterlassung schuldig gemacht hat, welche im Zeitpunkt ihrer Begehung nach den allgemeinen von den zivilisierten Völkern anerkannten Grundsätzen strafbar war!' "

Fortsetzung auf Seite 8

Keine Verjährung für Naziverbrechen in der Bundesrepublik Deutschland. Unser Bild vom Frankfurter Auschwitz-Prozeß zeigt einen Lokalaugenschein des Gerichts an der Stätte des Grauens.

Fortsetzung von Seite 7

Der Verfasser des vorliegenden Artikels hat im Hinblick auf den Vorbehalt des Artikel 103 (2) des Grundgesetzes bereits zum Beispiel am 26. Juni 1964 in der „Gemeinde" folgendes veröffentlicht: „... es kann nur wiederholt werden, daß schon im Hinblick auf die Zitierung des internationalen Rechtes im Absatz 1 des Artikel 7 der Europäischen Konvention (also zum Beispiel Völkermordkonvention) allgemein anerkannte Rechtsgrundsätze des Völkerrechtes, Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes und anderes mehr — und den Wortlaut des Absatzes 2 des Artikel 7 (Europäische Konvention) NS-Verbrechen unverjährbar und rückwirkend zu bestrafen sind."

Mit dem Rechtsgutachten des IGH vom 28. Mai 1951 hatte es folgende Bewandtnis: Es war dies ein Rechtsgutachten zur Frage der Zulässigkeit von sogenannten „Vorbehalten" zur Völkermordkonvention. Die BRD hatte anläßlich der Ratifizierung der römischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten den Vorbehalt des Artikel 103 (2) GG gemacht.

Der IGH erklärte im Gutachten vom 28. Mai 1951 bezüglich dieser Vorbehalte zur Völkermordkonvention, dieselben erscheinen durch den Vertrag selbst als verboten, wenn sie mit dem Sinn und Zweck desselben unvereinbar sind, was gerade beim Vorbehalt des Artikel 103 (2) des GG der Fall ist.

Zieht man also vor allem Artikel 25 (aber auch Artikel 139) des GG heran, nach welchem Verfassungsgedankengut gewordenes internationales Recht, wie die römische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere im Zusammenhalt mit der Völkermordkonvention rechtsstaatliche (auch innerstaatlich) wirksames Verfassungsgedankengut und Recht geworden ist — dann benötigte man eigentlich nicht mehr die bezüglichen Stellungnahmen des Europarates (die erste schon vom 8. Jänner 1965 AS 16/29), noch die vom Europarat angeregte UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 16. November 1968, um nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich die Unverjährbarkeit der NS-Verbrechen festzustellen.

Ein zu bejahendes Zeichen

In der Debatte des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 1979 soll der Abgeordnete Maihofer (siehe „Süddeutsche Zeitung" vom 5. Juli 1979) erklärt haben: die Debatte habe klargemacht, daß es den Befürwortern der Verjährungsaufhebung nur darum gehe, diese NS-Verbrechen nicht ungesühnt zu lassen. Deshalb sei eine Begrenzung der Regelung auf diese Straftaten die konsequentere und klarere Lösung. (Durchführbar mit Änderung des GG oder auch ohne Änderung desselben — Anm. des Verfassers.)

Die FDP-Abgeordnete Ingrid Matthäus-Maier plädierte für die Zustimmung zu dem von ihr unterzeichneten Änderungsantrag, nur die Verjährungsfrist für Verbrechen des Völkermordes aufzuheben. (So die bereits zitierte „Süddeutsche Zeitung" vom 5. Juli 1979.)

Der Verfasser schrieb am 9. Juli 1969: „... der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat im Zusammenhang mit der Änderung des Textes des § 50 Abs. 2 DStg ex 1968 entschieden, daß die gem. § 211 DStg für Mord erforderlichen niedrigen Beweggründe täterbezogen sind." Damals waren dann zum Beispiel gegen sieben Schreibtischmörder aus dem Reichssicherheitshauptamt die Strafverfahren wegen Verjährung (nur allenfalls Totschlag?!) eingestellt worden.

Hieraus ergibt sich als von vielen Opfern des Nationalsozialismus gezogene Schlußfolgerung etwas, was im allgemeinen Bewußtsein leider noch immer als sehr „menschlich" bezeichnet wird: die Großen ließ man laufen, die Kleinen sind eben zumindest während mehrerer Jahre „hängen" geblieben.

Dennoch ist mit dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 1979 ein zu bejahendes Zeichen aufgerichtet worden.

Immerhin werden jene NS-Verbrecher, denen noch immer Mord — vor allem unmittelbar — nachgewiesen werden kann, auch in Zukunft ein Strafverfahren zu fürchten haben.

Beispielsetzung für die ganze Welt

Es kam aber bei der Entscheidung des Bundestages sicherlich mehr auf die Wirkung für die Gegenwart an, das heißt auf ein Exempel der Selbstreinigung mit Beispielsetzung für die ganze Welt.

Auch das am 4. Juli vom Deutschen Bundestag mit der Aufhebung der Verjährung für gemeinen Mord (im allgemeinen) gesetzte Zeichen sei aber sicherlich positiv bewertet, wenn es nicht in der Praxis zur Amnestie im stillen und damit auch Herabsetzung der Befürchtung von Strafverfolgungen für derartige Massenverbrechen in aller Welt beziehungsweise bei anderen Völkern führt.

Sicherlich: Strafverfahren sind nur etwas Zusätzliches. Es kommt vor allem auf die gesellschaftliche und innere Wandlung an.

An dem Nachstehenden zweifelt der Verfasser aber nicht: solange nicht die strenge Bestrafung von derartigen Mördern bei den völkerrechtlich bereits unmißverständlich definierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit international ernst zur Erörterung kommt — was bereits gemäß der Charta der UNO wegen der auch durch derartige Verbrechen im „Frieden" geschaffenen Sicherheit und Frieden des Volkes gefährdeten Situationen längst erforderlich ist —, wird sich die Spirale der Morde und Folterungen in aller Welt in immer höheren Drehzahlen weiter entwickeln. Dies sei gesagt, ohne Kassandra spielen zu wollen!

Die BRD hätte dem Antrag des Abgeordneten Maihofer folgend vermieden, daß ihr in Zukunft vorgeworfen wird, jetzt sei denn doch eine deutsche Kollektivschuld entstanden, und zwar gerade wegen der Gleichsetzung des normalen Mordes (man denke an Auschwitz) mit dem sich immer mehr in aller Welt als „Kavaliersdelikt" gebärdenden Völkermordes beziehungsweise den bereits Gewohnheitsunrecht gewordenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Keine Rolle möge es spielen, daß auch andere Völker oder Staaten bei aller rechtlichen Anerkennung der Verfolgbarkeit des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der praktischen Durchführung dieser Rechtssätze in Sachen Menschlichkeit auch ihrerseits Zeichen setzen könnten. Gerade dies wäre nämlich durch eine eindeutige klare Aufhebung der Verjährung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Antrages Maihofer mehr gefördert worden als durch die jetzige nur für Mord im allgemeinen aufgehobene Verjährungsfrist.

Im H-Block von Long Kesh Camp

Bericht über ein Konzentrationslager unserer Tage

If you had the luck of the Irish you'd be sorry and wish you were dead . . .

„Wenn dein Artikel erscheint, ist Sean vielleicht schon gestorben", sagt Mary McAliskey. „Aber schreib ihn trotzdem: mein Sohn ist nicht der einzige . . . es sind fünfzig allein hier aus Andersonstown, denen es so geht wie ihm . . ."

Draußen liegt die Dämmerung über den dunklen Betonblöcken von Andy'town. In vielen Fenstern hängen die grauen Plakate mit dem Text „Denkt an die Männer im H-Block" und der Zeichnung eines Mannes, der nackt, nur in eine Decke gehüllt, auf dem bloßen Drahteinsatz einer Pritsche kauert. „Das Schlimmste", sagt die zarte kleine Frau mit der starken Brille, „ist das Schweigen, das sie umgibt . . . dieses tödliche Schweigen . . . Niemand schreibt über sie. Niemand fragt nach ihnen. Niemand hört uns, wenn wir für sie eintreten . . ."

„Blanket Men"

Den ganzen Nachmittag über hat sie ein Foto nach dem anderen aus einer abgegriffenen Bonbonschachtel gekramt, zahllose Fotos, die alle einen lachenden jungen Mann im Jeansanzug zeigen. Sie wurden vor zwei Jahren aufgenommen. Heute ist Sean McAliskey, 18, Mitglied der Irisch-Republikanischen Armee, einer der 180 „Deckenmänner" (Blanket Men) im H-Block des Konzentrationslagers Long Kesh. Bei ihrem letzten Besuch hat ihn seine Mutter nicht wiedererkannt. „Seine Hände waren wie Leichenhände", sagt sie leise. „Er hatte am ganzen Körper Ausschläge, und seine Augen sind von dem grellen Licht so schwach geworden, daß er eine Brille braucht . . . Ich sehe den Tod in seinen Augen, und jede Mutter, die einen Sohn im H-Block hat, sieht dasselbe . . ." Der „Deckenstreik" („going on the blanket") der irischen Gefangenen im H-Block von Long Kesh Camp begann mit der Protestaktion des IRA-Mannes Kieran Nugent, der am 14. September 1976 zu drei Jahren Haft in Long Kesh verurteilt wurde. Von 1972 bis 1975 war den Angehörigen der IRA und den (relativ wenigen) verhafteten Angehörigen protestantischer paramilitärischer Organisationen der Status politischer Gefangener zuerkannt worden. 1975 widerrief Staatssekretär Merlyn Rees im House of Commons dieses Zugeständnis und erklärte, daß ab 1. März 1976 kein politischer Status mehr zugestanden würde. Ursache dieses Widerrufs war der „Gardner Report", eine von den britischen Behörden unter Vorsitz von Lord Gardner verfaßte Dokumentation über die Struktur nordirischer Gefängnisse und Internierungslager. Der Gardner-Report verurteilte die Einführung des politischen Status („Special Category Status") und forderte einen Abbau der „Sonderrechte" für Polittäter.

Kieran Nugent war der erste republikanische Gefangene, dem der politische Status aberkannt wurde. Die republikanische Broschüre „Prison Struggle" berichtet: „Der Kampf begann, als Nugent den Gefängnisbehörden mitteilte, sie ‚würden ihm die Gefängnisuniform auf den Leib nageln müssen'. Seine eigenen Kleider wurden ihm abgenommen und er wurde nackt, nur mit einer rauhen Decke, in seine Zelle eingeschlossen. Er erhielt keine Erlaubnis zur Arbeit und keinerlei Lesematerial außer einer Bibel, auch Kontakt mit anderen Gefangenen wurden nicht gestattet. Er erhielt keinerlei Briefe, Pakete oder Zeitungen ausgehändigt. Tagsüber wurde ihm die Matratze weggenommen, und er war gezwungen, auf dem nackten Boden zu sitzen. Später, als die Zahl der protestierenden Männer auf vierzehn stieg, wurden ihnen die Decken weggenommen; das bedeutete, daß sie den ganzen Tag nackt dasitzen mußten. Ein Statement der Association of Legal Justice (‚Irish News', 8. November 1976) besagt: ‚Beschwerden von Verwandten gegenüber der Association bestätigen, daß das Bettzeug nur nachts hereingebracht wird und daß ein Sonderbefehl ausgegeben wurde, der diesen Gefangenen die Verwendung einer Decke verbietet . . . Weiters wurden die Gefangenen häufig brutal mißhandelt, als Gefängnisbeamte versuchten, ihnen die Gefängnisuniform mit Gewalt anzuziehen."

In der Ausgabe der „Irish News" vom 23. November 1976 berichtet der Gefängnispfarrer Fr. Dennis Faul: „Bis letzte Woche war es den Gefangenen gestattet, sich außerhalb ihrer Zellen mit einer Decke zu bedecken. Nun heißt es, daß es nicht gestattet sei, Bettzeug aus den Zellen zu entfernen. Damit soll die Tatsache verschleiert werden, daß die Regeln absichtlich geändert wurden, um den jungen Männern im H-Block ein Höchstmaß an Leiden und Demütigung zu bereiten . . .

Die älteren Männer in Block H 1 sitzen den ganzen Tag in Decken gehüllt in ihren Zellen und das Essen wird ihnen in die Zelle gebracht. Aber die jüngeren Gefangenen in Block H 2, in der Altersgruppe um 18 Jahre, sind gezwungen, nackt in die Kantine zu gehen, um ihr Essen abzuholen. Genauso werden sie gezwungen, die Toilette und den Waschraum völlig nackt aufzusuchen. Man sollte meinen, daß es ihnen wenigstens im Interesse des öffentlichen Anstandes gestattet sein müßte, sich zu bedecken . . ."

Psychische Folter

Im März 1977, so „Prison Struggle", wurden die Rechte der Gefangenen weiter beschränkt, indem man ihnen kein Rasierzeug gestattete und nur ein-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

mal wöchentlich die Erlaubnis zum Waschen gab. Über die psychische Folter, der die Gefangenen ausgesetzt sind, berichtet Mary McAliskey: „Letztes Jahr wurde mein Mann todkrank ins Spital eingeliefert. Seine Krankheit — Staublunge — war unheilbar, und er wußte, daß er sterben würde. Sein letzter Wunsch war, Sean noch einmal zu sehen. Wir baten darum, daß er Ausgang vom Gefängnis bekäme, und es wurde zugesagt, daß man ihn ins Spital bringen würde. Mein Mann war so glücklich ... er hatte ein paar Tafeln Schokolade für Sean gekauft, und obwohl er bereits so schwach war, daß er sich kaum aufrichten konnte, versuchte er immer wieder zur Türe zu blicken ... Zu Mittag kam der Anruf vom Gefängnis, Sean sei angezogen und bereit und würde bald ins Spital kommen. Wir warteten ... Zehn Minuten später kam ein weiterer Anruf: Die Besuchserlaubnis war zurückgezogen worden. Mein Mann konnte es nicht fassen, er rief immer wieder nach Sean, bis er starb ...

Sean sagte später, er sei schon am Gefängnistor gestanden, als sie ihn wieder zurückholten und ihm sagten, er dürfe gehen, wenn er seinen Streik aufgebe. Er sagte, er würde lieber sterben, als die Uniform eines gemeinen Verbrechers anziehen ... Der Gefängnisdirektor hat ihm zwei Tage später mitgeteilt, daß sein Vater gestorben sei. Er ließ ihn rufen und sagte: Dein Alter ist abgekratzt.

Sie machen sie psychisch fertig da drinnen. Als es Sean sehr schlecht ging, kamen die Wärter jeden Tag und sagten: „Na, hängst du dich nicht bald auf? Es wird Zeit, daß du Schluß machst ..." Der IRA-Mann Patrick Crawford machte Schluß. Die Broschüre „Prison Struggle" berichtet nach Aussagen seiner Mithäftlinge: „Patrick Crawford, aus Belfast, wurde gemeinsam mit drei anderen an der Grenze verhaftet. Nachdem man ihn in Castlereagh verhört hatte, wurde er Mitte April 1973 im Lager Long Kesh interniert. Am Sonntag, dem 3. Juni 1973, ging er in den Arbeitsschuppen der Baracke 5 und erhängte sich — der psychologische Druck der Bedingungen in Long Kesh war zuviel für ihn gewesen."

Lebende Leichen

Andere starben, weil ihnen ärztliche Hilfe vorenthalten wurde. „Prison Struggle": Am 13. Jänner 1975 starb Brendan Moyne in den frühen Morgenstunden in Long Kesh. Er war seit April 1973 interniert gewesen. Ein Statement, das von den Gefangenen seiner Baracke herausgegeben wurde, besagt über seinen Tod: „Gegen 12.40 mittags wurde Jimmy Moyne krank und bat, jemand möge nach dem Arzt klingeln. Er konnte kaum atmen und sein Gesicht und seine Hände begannen blau anzulaufen. Einige von uns wußten, daß er an schweren Asthmaanfällen litt und bereits einmal, vor einem Jahr, fast daran gestorben wäre. Wir gaben ihm einen Schluck kaltes Wasser. Er stand bei einem der Stockbetten und klammerte sich daran fest. Sein Gesicht lief dunkel an, und seine Stirne war schweißbedeckt. Wir machten Mund-zu-Mund-Beatmung. Als die Gefängnisbeamten immer noch nicht auf unser Klingeln reagierten, beschlossen wir, die Tür einzubrechen. Das taten wir auch und trugen ihn auf einer Matratze zum Tor ... Die Wärter sagten dann den Männern, die ihn trugen, sie sollten ihn auf eines der Essenwägelchen legen und zum Gefängnisspital schieben. Eine halbe Stunde später kam ein Beamter und sagte, Jimmy sei in ein Spital in Belfast gebracht worden und es sei alles in Ordnung mit ihm. Am nächsten Morgen sagten sie uns, er sei gestorben."

„Selbst die, die das Lager wieder verlassen, sind lebende Leichen", sagte Mary McAliskey. Ein Mann aus Andersonstown, erzählt sie, kam nach einem Jahr „on the blanket" im H-Block nach Hause, und seine Freunde luden ihn ins Pub ein. Der Exgefangene saß eine Weile teilnahmslos in einem Winkel, den Kopf auf den Knien, dann sprang er plötzlich auf, begann zu kreischen und brach ohnmächtig zusammen. Die republikanische Broschüre „A Question of Status" berichtet: „Menschen, die unter solchen Bedingungen gefangengehalten werden, haben später Schwierigkeiten, sich dem Leben außerhalb der vier Wände der Zelle anzupassen. Vor allem finden sie es sehr schwierig, wieder mit anderen Menschen zu leben. Eine andere sehr häufige Folge ist ein Gefühl von Haß und Bitterkeit, das oft von den kleinsten Zwischenfällen ausgelöst wird ... Es gibt genug Beweismaterial, daß Gefangene unter solchen Bedingungen wahnsinnig wurden oder Selbstmord begingen ..."

„... eines Tages Freiheit"

Ein anonymer Gefangener in Long Kesh schrieb das Gedicht „Meine Zelle":

„Weiße Decke, hoch und gewölbt über mir,
Fußboden aus rauher schwarzer Teerpappe,
Grüner Mauer, schmutzige, fleckig und abgebröckelt,
Jahrzehnte des Verfalls.
Kleines Fenster mit eisernen Stäben,
verrostet, mißbraucht von Regen und Wind,
zerfressen von Hitze und Kälte — die Jahreszeiten.
Licht scheint — immerfort,
die nackte Glühbirne, hartes, grelles Licht,
das Tor aus schwerem Stahl, hinter dem
die Freiheit liegt, steht fest
gegen meine lautlosen Forderungen.
Aber eines Tages wird es sich öffnen:
eines Tages Freiheit."

Widerstand im Zweiten Weltkrieg

Das Volksbildungshaus Wiener Urania veranstaltet im Herbstsemester 1979 zwei Vortragsabende zum Thema „Österreichischer Widerstand zur Zeit des Zweiten Weltkriegs". Am 9. Oktober spricht Cheflektor Prof. Hugo Pepper über „Die Vernichtung der Eigenstaatlichkeit Österreichs und der Tschechoslowakei als Voraussetzung für die kriegerische Auseinandersetzung (Hossbach-Protokoll)". Am 23. Oktober spricht Dr. Wolfgang Neugebauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, über „Der totale Krieg — Hitlers Traum von der Weltherrschaft — Zusammenbruch und Folgen". Die Diskussionsleitung an beiden Abenden hat wirkl. Hofrat Dr. Franz Danimann. Die Vorträge beginnen jeweils um 19 Uhr, der Eintritt ist frei.

Ungarische Delegation in Wien

Unsere Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände hatte die Freude, eine Delegation des Ungarischen Partisanenverbandes bei uns zu empfangen, und zwar in der Zeit vom 28. April bis 2. Mai 1979. Wir hatten mit unseren lieben Gästen viele Besprechungen über verschiedene Fragen der Opfer, natürlich fern jeder Politik. Das Problem der Opfer ist in allen Ländern dasselbe, ihr Leiden war dasselbe und ihre Probleme sind auch jetzt nicht unterschieden, wenn sie auch eine andere Sprache sprechen und einer anderen Nationalität angehören.

Wir benützten aber auch die Gelegenheit, um unseren Gästen vieles von unserer Stadt Wien zu zeigen, und außerdem hatten wir die Freude, von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger empfangen zu werden, der herzliche Worte an die Delegierten richtete. Ebenso wurden wir von Parlamentspräsident Anton Benya empfangen und auch vom Präsidenten des Wiener Landtages, Hubert Pfoch.

Resolution

Aus Anlaß der regelmäßig wiederkehrenden Aussprachen zwischen dem Ungarischen Partisanenverband und der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen KZ-Verbände, bestehend aus:

dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, dem Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und dem Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), haben sich die Unterzeichner über eine ganze Reihe von Fragen ausgesprochen, welche für die genannten Organisationen und darüber hinaus für die Völker ihrer Länder von großer, ja von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Ein Ereignis von internationaler Bedeutung wird in den nächsten Wochen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Wien lenken. Die Unterschrift unter das SAL-Abkommen seitens der UdSSR und der USA wird eine weitere Möglichkeit bieten, um den Frieden durch Abrüstung einen Schritt weiterzubringen.

Die Kämpfer für die Freiheit ihrer Länder und die Opfer des politischen Freiheitskampfes wissen, welche Steigerung ihrer Leiden der letzte Weltkrieg mit sich gebracht hat. Wir können sagen, daß unsere Regierungen — jede für sich — alles unternehmen, um den Frieden zu sichern, daß heißt, den Kampf um ihn zu verstärken.

Wir wissen, daß dieser Kampf sich verbinden muß mit dem Kampf gegen faschistische und nationalsozialistische Strömungen überall in der Welt, denn Faschismus bedeutet Krieg! Wir glauben, daß die Erziehung der jungen Menschen ausschlaggebend dafür ist, daß bei ihnen faschistisches Gedankengut keinen Nährboden findet. Je mehr jeder von uns im eigenen Land mithilft, die Jugend in diesem Geiste zu erziehen, desto größer ist auch die Hilfe für die Freunde in jenen Ländern, die nicht in einer so günstigen Lage sind wie in unseren beiden Ländern. Es wurden eine Reihe von Fragen besprochen, deren Durchführung mit den Organisationen im eigenen Land ins einzelne gehende Beschlüsse erfordern.

Die regelmäßig wiederkehrenden Treffen der Delegationen der unterzeichneten Verbände zeigen nicht nur die freundschaftlichen Beziehungen dieser Organisationen, sondern auch die gutnachbarlichen Beziehungen unserer beiden Völker.

Wer jemals die ungarische Gastfreundschaft genossen hat, der weiß — und das brachte auch Präsident Benya in seiner herzlichen Willkommensrede zum Ausdruck —, daß es nicht einfach ist, auch nur annähernd diese Gastfreundschaft zu erreichen. Wir haben uns trotzdem sehr bemüht, unseren lieben Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen und hatten zum Schluß in einem Konferenzsaal im Tourotel eine Zusammenkunft, bei der wir über verschiedene Probleme sprachen und uns auf nachstehende Resolution einigten. Wir haben uns von unseren Gästen dann am Westbahnhof verabschiedet und gaben uns gegenseitig das Versprechen, daß wir fern jedem Rachegedanken, jeder auf seinem Platz, versuchen werden, der Jugend begreiflich zu machen, was diese Zeit bedeutet hat, und daß wir alles daransetzen müssen, der Menschheit die Demokratie und den Frieden zu erhalten!

Der Leiter der Delegation war Dr. Sandor Sarkoezi, weitere Gäste waren die Kameraden Dr. Andreas Bogar, Josef Nagy, Janos Szdeny, Ilona Bauer, Dolmetscherin.

Solidarität mit Chile!

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Partei im Exil, das Leben unserer Genossen zu retten, die durch die Repressionsgewalt des Pinochet-Regime verschleppt wurden und seither verschwunden sind. Es gilt, den Ort, wo sie festgehalten werden, ausfindig zu machen und ihre Freilassung durchzusetzen.

Wir weisen abermals darauf hin, daß rund 2500 Personen, die Besten aus dem Volke von B. O'Higgins, von Gabriela Mistral, von Pablo Neruda und von Salvador Allende durch die Organe der Junta festgenommen wurden, aber nicht in den Gefangenenlisten aufscheinen.

Im Juni waren es vier Jahre, daß unsere geliebten Parteiführer, die die Organisation der Sozialistischen Partei im Untergrund und den Widerstand des Volks aufbauten, verschleppt wurden. Es sind unsere Genossen Exequiel Ponce, Ricard Lagos, Carlos Lorca und viele, viele andere. Wir halten es für die Pflicht jedes Sozialisten, jedes progressiven und demokratischen Menschen, jeden Tag mehr und mehr Menschen davon zu überzeugen, daß Pinochet für diese Taten zur Verantwortung gezogen werden muß und Rechenschaft geben muß über die von ihm Verschleppten.

Für die Rettung der „Verschwundenen" — verschleppt vom Faschismus

Für die Freiheit aller Revolutionäre und Demokraten Chiles

Für die Demokratie und den Sozialismus.

Venceremos

Sozialistische Partei Chiles im Exil
österreichische Sektion

*

Die Chile-Solidaritätsfront veranstaltet zwischen 3. und 11. September eine Woche der Solidarität mit Chile.

BRD: Einigung auf der rechten Szene

Die Einschätzung im Verfassungsschutzbericht, die Neonazis seien „zersplittert", wird von ihnen selbst ständig widerlegt. So trafen sich Ende Mai im Münchner Hotel „Europäischer Hof" etwa 50 Personen mit dem Herausgeber der rechtsextremistischen Zeitschrift „Die Bauernschaft", Thies Christophersen aus Schleswig-Hostein. Christophersen, der sich auf einer Vortragsreise befand, hatte tags zuvor in Stuttgart vor etwa 100 Personen gesprochen. Im Mittelpunkt dieser Vortragsreihe stand die Einigung der Gruppen auf der rechten Szene. Christophersen sprach über seine freundschaftlichen Verbindungen mit dem untergetauchten Rechtsanwalt Manfred Roeder, dem Neonazi Erwin Schönborn und dem „Kamerad Hoffmann", Führer der Wehrsportgruppe Nürnberg (WSG).

„Er war unser Heiland"

Er berichtete auch von einem „Treffen der europäischen Freunde in Barcelona". Dort seien der Film „Triumph des Willens" und andere Nazifilme vorgeführt worden. Christophersen: „Die europäischen Freunde waren so ergriffen, daß ihnen die Tränen die Augen herunterliefen. Ich sagte: der Adolf Hitler ist doch unser deutscher Führer gewesen, wie kann euch das so nahegehen? Worauf die Europäer sagten: Nein, er war nicht euer deutscher Führer, er war unser Heiland."

Prominentester Teilnehmer der Münchner Versammlung war der „Führer" der neonazistischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands VSBD" Friedhelm Busse. Er nahm in längeren Ausführungen Stellung zum Problem der „Koordinierung" rechtsextremistischer Kräfte. Busse schlug vor, die gesamten Veröffentlichungen der Neonazi-Szene dem „Kritik"-Verlag Christophersens anzuvertrauen und unsere „Kräfte zu konzentrieren". Busse, dessen Ausführungen mit starkem Beifall bedacht wurden, befand sich in Begleitung einiger junger Mitglieder seiner Bewegung; zwei von ihnen trugen an den Unterarmen Tätowierungen von Hakenkreuzen und SS-Runen.

„Kein Demokrat"

Auf dem großen Büchertisch der Veranstaltung fanden sich neben der Erstauflage von Diwalds „Geschichte der Deutschen" die einschlägigen nationalsozialistischen Schriften wie Butz „Der Jahrhundertbetrug", die Bücher von Paul Rassinier, die Broschüre „Majdanek in alle Ewigkeit?", mehrere Nummern der von Christophersen herausgegebenen „Bauernschaft" usw. Wie Christophersen berichtete, habe er von seinem inzwischen verbotenen Buch „Die Auschwitz-Lüge" selbst etwa 40 000 Exemplare abgesetzt, Manfred Roeder habe ebenso viele verkauft. Das Buch liege auch in englischer, französischer und spanischer Sprache vor und werde demnächst auch in Dänisch erscheinen. Zur Zeit wird das Machwerk von einem Schweizer Buchversand auch in die Bundesrepublik geliefert.

Christophersen, der mehrfach betont hatte, daß er „kein Demokrat" sei und behauptete, im Dritten Reich habe man als Bürger mehr Wahlfreiheit gehabt als heute in der Bundesrepublik, beendete die Veranstaltung, wie er sie begonnen hatte: mit dem gemeinsamen Absingen des nationalsozialistischen Kampfliedes „Ich hab mich ergeben".

(Aus: Die Tat, Antifaschistische Wochenzeitung, Frankfurt am Main, 27. Juli 1979.)

Bundeshauptversammlung 1979

Der Bundesvorstand wird die BUNDESHAUPTVERSAMMLUNG 1979 voraussichtlich für

Samstag, den 20., und Sonntag, den 21. Oktober 1979,

nach Wien einberufen.

Im September 1979 wird der Bundesvorstand bei seiner ersten Sitzung im Herbst die notwendigen Beschlüsse fassen. Es gehen dann den Landesverbänden die Tagesordnung und weitere Mitteilungen sofort zu.

Vor allem bitten wir, den Termin vorzumerken.

Aus der Opferfürsorge

Immer wieder werden Anfragen an uns gerichtet, unter welchen Voraussetzungen Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises im Sozialministerium — Opferfürsorge um eine einmalige Aushilfe einreichen können.

Nachstehend eine Information, die wir empfehlen zu beachten.

Aushilfen

Bei Anschaffungen von Kleidern, Haushaltsgegenständen, Renovierung der Wohnung usw., deren Kosten vom Einkommen nicht gedeckt werden können und dadurch eine soziale Notlage entsteht, kann um eine Aushilfe angesucht werden. Dem Ansuchen ist eine Einkommensbestätigung beizulegen.

Einkommensgrenzen

Einzelpersonen ..... 5698 Schilling
Ehepaare ..... 8547 Schilling

Haben beide Ehegatten ein Einkommen, sind beide Bestätigungen über das Einkommen vorzulegen.

Aushilfe nach stationärer Behandlung im Krankenhaus

Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises erhalten eine Aushilfe, wenn sie 21 Tage im Krankenhaus stationär behandelt wurden, in der Höhe von ..... 2500 Schilling.

Dem Ansuchen ist die Bestätigung des Krankenhauses über die Dauer der stationären Behandlung beizulegen. Diese Aushilfe wird ohne Berücksichtigung des Einkommens gewährt.

Zuschuß für Kur- beziehungsweise Erholungsaufenthalt täglich höchstens ..... 151 Schilling
Zuschüsse für Zahnkronen ..... 757 Schilling

Darlehen

Zinsenfreihe Darlehen können ohne Beistellung von Bürgen bis zur Höhe von 15.000 Schilling gewährt werden.

Bei Darlehen in der Höhe bis zu 60.000 Schilling sind zwei Bürgen zu stellen. Rückzahlungsraten nach Vereinbarung, mindestens 1000 Schilling monatlich.

Alsergrunder Sozialisten besuchten Auschwitz

Seit Jahren haben wir uns bemüht, eine Autobusreise nach Polen zu erreichen. Erst heuer bekamen wir vom Polnischen Büro für Touristik die Zusage zu dieser Reise, die uns vom 23. Mai bis 27. Mai nach Polen führte.

Als Sektion der SPÖ war es für uns ein Bedürfnis, neben der Besichtigung der kulturellen Sehenswürdigkeiten einen Gedenkbesuch in Auschwitz-Birkenau einzubauen. Besonderen Dank möchten wir bei dieser Gelegenheit der Obmännin des Österreichischen Auschwitz-Komitees, Genossin Erna Musik, aussprechen. Sie ließ es sich nicht nehmen, uns bei dieser Fahrt zu begleiten. Auf der Fahrt nach Krakau wurden die Reiseteilnehmer durch den Erlebnisbericht über ihre zweieinhalbjährige Inhaftierung in Auschwitz zutiefst erschüttert. Am 24. Mai fuhren wir, nachdem wir am Vormittag die alte Krönungsstadt Krakau besichtigt hatten, in das Konzentrationslager Auschwitz.

An dieser Stätte des Grauens wurde uns erst richtig bewußt, welch furchtbares Verbrechen der Nazifaschismus an unschuldigen Menschen verübt hat. Erst wenn man die Berge von Koffern, Schuhen, Haaren, Kinderkleidern und Utensilien gesehen hat, wird einem die ganze Brutalität, mit der man vier Millionen ahnungslose Menschen vergast und verbrannt hat, bewußt.

In der Baracke 17, in der eine sehr eindrucksvoll gestaltete Gedenkstätte für die 30.000 inhaftierten Österreicher errichtet wurde, gedachten wir mit einer Kranzniederlegung der Opfer des Faschismus.

Jeder von uns, der an diesem Auschwitzbesuch teilnahm, wurde in seiner Meinung bestätigt, alle Menschen, besonders die Jugend, über das wahre Gesicht des Faschismus aufzuklären.

Mit unserem Eintreten für Demokratie, soziale Sicherheit und mehr Verständnis der Menschen zueinander müssen wir dafür sorgen, daß sich solche Schreckensherrschaft nicht mehr wiederholen kann.

Daher: „Niemals vergessen!"

(Diesen Bericht stellte uns die 4. Sektion der Wiener SP-Bezirksorganisation Alsergrund zur Verfügung.)

Wien: Arbeitsgemeinschaft Mariahilf, Neubau, Josefstadt

Die Wiener Bezirksgruppen Mariahilf, Neubau und Josefstadt des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer haben sich bei einer gemeinsamen Jahresversammlung am 20. März 1979 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Der Obmann der Bezirksgruppe Neubau, Genosse Willy Jeindl, begrüßte bei der Jahresversammlung unter den zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen besonders die Genossin Abgeordnete Anneliese Albrecht, den Genossen Robert Blau, Obmann des Landesverbandes Wien, den Referenten, Genossen Peter Lhotzky, den Obmann der Bezirksorganisation Neubau, Gemeinderat Hans Brosch, den Bezirksvorsteherstellvertreter Walter Wana, den Bezirkssekretär Heinz Popelka, die Mitglieder der Bezirksgruppe Mariahilf mit Obmann Paul Kunz sowie die Mitglieder der Bezirksgruppe Josefstadt mit Obmann Ferdinand Wasserberger und eröffnete die Versammlung.

Vor Eingang in die Tagesordnung, die einstimmig genehmigt wurde, gedachte der Obmann der in der abgelaufenen Funktionsperiode verstorbenen Mitglieder. Es waren dies die Genossinnen Klara Hochedlinger, Liesl Reiser, Grete Urban, Karoline Salomon und die Genossen Heinrich Kölbel, Oskar Fürst, Dr. Reinhold Melas, Franz Roubitschek. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren und sie niemals vergessen.

Namens des Bundesvorstandes und des Landesverbandes Wien begrüßte Genosse Robert Blau die Versammlung und wünschte viel Erfolg sowie gute Zusammenarbeit der drei Bezirksgruppen.

Genosse Jeindl berichtete nun über die Tätigkeit der Bezirksgruppe im abgelaufenen Berichtsjahr. Er sprach über die zum Gedenken an den vor 40 Jahren im März 1938 erfolgten Einmarsch der Hitlertruppen in Österreich veranstalteten Kundgebungen und berichtete auch über die Fahrt in das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Nachdem Genosse Jeindl noch den Mitgliederstand der Bezirksgruppe bekanntgegeben hatte (die Bezirksgruppe zählte am 31. Dezember 1978 117 Mitglieder), dankte er allen Genossen, besonders dem Bezirksobmann Gemeinderat Hans Brosch, dem Bezirkssekretär Heinz Popelka und der Genossin Waltraud Wagenleitner, für die gute Zusammenarbeit sowie für die Unterstützung, die den Freiheitskämpfern seitens des Sekretariats und der Bezirksorganisation immer zuteil wird.

Der nun folgende, von Genossen Skala erstattete, Bericht der Kontrolle wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt.

Nach dem von Genossen Starkl erbrachten Wahlvorschlag wurden folgende Genossinnen und Genossen in den Bezirksgruppenausschuß einstimmig gewählt:

1. Obmann:	Willy Jeindl
2. Obmann:	Franz Mödlagl
Kassier:	Margarete Schnekker
Schriftführer:	Margit Czernetz
Beisitzer:	Hans Brosch
Beisitzer:	Heinz Popelka
Kontrolle:	Eugen Skala

Von der Bezirksgruppe Mariahilf wurde Genosse Paul Kunz und von der Bezirksgruppe Josefstadt wurde Genosse Ferdinand Wasserberger zum Obmann gewählt.

Im Namen der Neugewählten dankte Genossen Jeindl für das Vertrauen und versprach, so wie bisher nach besten Kräften weiterzuarbeiten.

Nach dem ausgezeichneten Referat des Genossen Peter Lhotzky, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, sprach noch Genosse Blau über die Verbesserungen im Opferfürsorgegesetz und über den Hilfsfonds für politisch Verfolgte.

Da sich niemand mehr zum Wort meldete, ersuchte der Obmann alle Anwesenden, ihre ganze Kraft für die Nationalratswahlen einzusetzen, damit dieser Tag ein voller Erfolg für unsere Partei wird und schloß die Versammlung mit einem kräftigen „Freundschaft".

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Barbara Büchner, Dr. Alfred Frisch, Josef Hindels, Wilhelm Jeindl, Rosa Jochmann, Leo Lesjak, Rudolfine Muhr, Hans Waschek.

Josef
ROHATA

70 Jahre

Die SPÖ-Bezirksorganisation Mödling und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer nahmen den 70. Geburtstag unseres Freundes Josef Rohata zum Anlaß, um ihn am 23. April 1979 im Rahmen einer stark besuchten Festversammlung zu ehren. Bezirksobmann Abgeordneter Friedrich Lehr, Landtagsabgeordneter Franz Fürst und Landesverbandsobmann Leo Lesjak hielten die Festansprachen.

Genosse Josef Rohata wurde am 18. April 1909 geboren. Es war die Zeit, in der die Arbeiterschaft um ihre Rechte kämpfte und in der unsere Partei unter der Führung Victor Adlers sowohl gegen mächtige politische Gegner als auch gegen die Unwissenheit zu Felde zog. Als bildungbeflissener Buchdruckerlehrling trat Josef Rohata 1923 der SAJ bei und wurde später deren Bezirksobmann im Bezirk Mödling. Mit anderen Wehrturnern stand er im Februar 1934 in Bereitschaft. Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Heimwehr wurde sein Bruder erschossen. Josef Rohata wurde als bekannter Arbeiterfunktionär verhaftet und mehrere Wochen in Wöllersdorf festgehalten. Nach seiner Freilassung nahm er die illegale Tätigkeit mit dem Genossen Tschürtz auf, verbreitete die illegale Arbeiter-Zeitung und betreute die für den illegalen Kampf wichtigen Vervielfältigungsapparate. Trotz vieler Schikanen blieb er seiner Gesinnung stets treu.

Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft war er von 1945 bis 1974, also fast 30 Jahre, als Bezirkssekretär in Mödling sowie von 1958 bis 1969 als niederösterreichischer Landtagsabgeordneter tätig. Natürlich bekleidete unser Freund noch viele andere Funktionen innerhalb der Arbeiterbewegung und des öffentlichen Lebens. Eine ist ihm ganz besonders ans Herz gewachsen: die Funktion des Landesobmannstellvertreters der sozialistischen Freiheitskämpfer.

Er ist zwar Pensionist, doch von einem Ruheständler kann man nicht sprechen. Mit der ihm eigenen netten Art ist er weiterhin unermüdlich tätig. Er übt seine Funktionen stets sehr gewissenhaft aus.

Im Auftrag des Bundesvorstandes wurde ihm die höchste Auszeichnung, die unser Bund zu vergeben hat, die Otto-Bauer-Plakette, überreicht.

Namens des Landesverbandsvorstandes sprach Landesverbandsobmann Lesjak die besten Glückwünsche aus und übergab ihm als sichtbares Zeichen der Verbundenheit einen gravierten Teller. Den Festrednern schlossen sich zahlreiche Gratulanten der verschiedenen Organisationen an, darunter auch die Vertreter des Burgenlandes, Landesrat a. D. Billes, und Bürgermeister a. D. von Pöttsching, Parise.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Franz Schubert †. Unsere kleine Gemeinschaft wurde wieder um einen teuren Genossen kleiner. Am 20. Februar verloren wir durch Tod Oberschulrat Direktor Franz Schubert, Neunkirchen. Bei der Beisetzung sprach Altbürgermeister Otto Gerhartl Worte des Gedenkens.

*

Hermann Glanz †. Wieder hat der Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Am 24. Juni 1979 starb unser langjähriges Mitglied Hermann Glanz im 79. Lebensjahr. Er gehörte zu unseren verläßlichsten Mitkämpfern. Die Abschiedsworte am Grabe hielt Altbürgermeister Otto Gerhartl.

*

Jahresversammlung. Am 21. Mai hielt die Bezirksgruppe Neunkirchen ihre Jahresversammlung ab. Nach Begrüßung und Berichterstattung durch den Obmann, Genossen Otto Gerhartl, fand die Wahl des Bezirksgruppenausschusses statt.

Obmann:	Otto Gerhartl
Obmannstellvertreter:	Othmar Friedl
Hauptkassier:	Anton Mies
Kassiere:	Franz Hanselic, Alois Aichberger, Karl Grettler
Schriftführer:	Luise Karall
Schriftführerstellvertreter:	Karl Grettler
Beisitzer:	Adolf Adametz, Ferdinand Fessl

Anschließend an die Wahl sprach Landesverbandsobmann Leo Lesjak über aktuelle Probleme und führte sodann zwei interessante Filme vor.

Kärnten

Im Hause des ÖGB und der Arbeiterkammer in Klagenfurt tagte am 12. Mai 1979 die Jahreshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Landesverband Kärnten. Bei dieser Jahreshauptversammlung konnten als Ehrengäste Landesparteisekretär Bundesrat Franz Tratter, Abgeordneter Gradenegger, Landtagsabgeordneter Schantl, Stadtrat Kurt Peterle sowie als Vertreter der Jungen Generation deren Obmann Dr. Ambrozy sowie vom Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer der Wiener Landesobmann Robert Blau begrüßt werden.

Bei der Totenehrung wurde der verstorbenen zehn Mitglieder, insbesondere der Genossin Anna Falle sowie des Villacher Funktionärs Alois Trinker, gedacht.

Der Landesparteisekretär Bundesrat Franz Tratter überbrachte die Grüße des Landesparteivorstandes der SPÖ Kärnten der Hauptversammlung. Er freute sich besonders über die Wahlerfolge der SPÖ bei den Gemeinderatswahlen am 25. März und besonders über den Ausgang der Nationalratswahl vom 6. Mai.

Wenn auch der Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer in den letzten Jahren zahlenmäßig kleiner geworden ist, so muß man bemerken, daß die SPÖ Kärnten beim kommenden Landesparteitag die Aufnahme des 50.000. Mitgliedes feiern wird können.

Der Landesobmann, Landtagspräsident i. R. Hans Pawlik, brachte den Organisationsbericht für die Zeit seit der letzten Hauptversammlung am 26. März 1977. Der Landesvorstand hielt in der Berichtszeit vier Landesvorstandssitzungen ab. Der Mitgliederstand ist durch eine Werbeaktion wieder auf 111 Mitglieder angestiegen.

Über den Landeskassier Alois Brenter konnten an bedürftige Mitglieder zu den Weihnachtsfeiertagen Unterstützungen angewiesen werden. Dafür haben wir Mittel aus dem Opferfürsorgefonds der Kärntner Landesregierung erhalten und sind dafür dem zuständigen Referenten Landesrat Rudof Gallob zu Dank verpflichtet.

An den beiden Nationalfeiertagen 1977 und 1978 (26. Oktober) wurden vom Landeshauptmann Leopold Wagner in Anwesenheit von Vizekanzler a. D. Ing. Rudolf Häuser an zahlreiche Kärntner Freiheitskämpfer, darunter auch Mitglieder und Funktionäre unseres Bundes, Befreiungsmedaillen der Republik Österreich verliehen.

Wie alljährlich ehrten unsere Funktionäre durch Kranzniederlegung am Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich im Zen-

In der Zeit von 1934 bis 1938 haben wir ein Buch vertrieben, es hieß „Die Prüfung". Leider ist davon kein Exemplar aufzutreiben. Wir wären dankbar, wenn jemand, der im Besitz dieses Buches ist, es uns überlassen könnte. Zu senden an unser Büro.

tralfriedhof Klagenfurt-Annabichl an den Gedenktagen des 12. Februar 1934 sowie an den Nationalfeiertagen und am Allerheiligentag den Opfertod der 1000 Kärntner Freiheitskämpfer und die Opfer des Faschismus von 1934 bis 1945. Aus Anlaß des 40jährigen Gedenkens des gewaltsamen Anschlusses Österreichs am 12. März 1938 wurden vom Komitee zur Erhaltung des Mahnmales für den österreichischen Freiheitskampf wieder eine Sammelaktion sowie eine Gedenkfeier unter beachtlicher Beteiligung der Öffentlichkeit und unserer Mitglieder abgehalten.

Der Landesobmann berichtete abschließend über Vorträge und diverse Aktionen in der Berichtszeit.

Den Funktionären sowie den unterstützenden Organisationen wurde der Dank des Landesverbandes ausgesprochen.

Über Antrag der Kontrolle wurde auch dem Landeskassier Alois Brenter die Entlastung erteilt.

Das Hauptreferat bei der Hauptversammlung hielt der Delegierte des Bundesvorstandes Genosse Blau über aktuelle Fragen des Bundes. Er überbrachte vor allem die Gratulation zu dem grandiosen Wahlerfolg in Kärnten. Nach seinem Bericht gibt es derzeit im Lande nur mehr 573 Empfänger von Opferfürsorgerenten beziehungsweise Zuschüsse. Zum Schluß bemerkte der Referent, daß der im März gezeigte „Holocaust"-Film vor allem bei der Jugend und in den Schulen ein entsprechendes Echo gefunden hat. Der Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen bei Linz durch Schulklassen aus den verschiedenen Ländern hat eine steigende Tendenz.

Bei den Neuwahlen wurde Landtagspräsident i. R. Hans Pawlik zum Landesobmann, zum Obmannstellvertreter Dkfm. Johannes Schleicher, zum Landeskassier Alois Brenter und zum Landeskassierstellvertreter und Schriftführer Franz Poganitsch gewählt.

In der Diskussion sprachen die Genossen Schweinzer, Othmar Müller und Genosse Frankl zu aktuellen Fragen des Hilfsfonds und zu politischen Fragen.

Steiermark

Kapfenberg. Franz Auer †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat wieder einen schweren Verlust erlitten. Unser Mitglied Franz Auer ist im 80. Lebensjahr nach langem und schwerem Leiden vom Tode ereilt worden. Genosse Auer war seit dem Jahre 1918 Mitglied und Mitarbeiter der Sozialistischen Partei, war Mitkämpfer am 12. Februar 1934 und mußte dafür im Kerker schmachten. Er war Träger der goldenen Ehrennadel sowie Besitzer der Victor-Adler-Plakette. Weiters war er 60 Jahre Mitglied und Mitarbeiter der Gewerkschaft. Für die Verdienste um die Republik Österreich wurde er mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Namens der Sozialistischen Partei, der Freiheitskämpfer sowie der Pensionisten sprach Gemeinderat Genosse Orthaber tiefempfundene Abschiedsworte. Der gemischte Chor der Chorvereinigung Stahlklang sang abschließend das „Lied der Arbeit". Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen".

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Landstraße

Jahresversammlung am 4. Juli 1979. Genosse Wenger übernahm den Vorsitz und eröffnete die Versammlung nach der Begrüßung der Teilnehmer. Die Versammlung gedachte dann jener Genossinnen und Genossen, die im Berichtszeitraum verstorben sind. Nach der Gedenkminute für die Verstorbenen ersuchte Genosse Wenger die Genossin Werner, ihren Tätigkeitsbericht über die abgelaufene Funktionsperiode zu bringen. Der Bericht wurde ohne Wortmeldung angenommen. Anschließend erstattete Genosse Glatz den Bericht der Kontrolle und ersuchte die Versammlung, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Auch dieser Bericht wurde ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen. Zu Punkt vier der Tagesordnung berichtete Genosse Kindl als Obmann des Wahlkomitees. Da die Genossin Werner aus Gesundheitsgründen nicht mehr kandidierte, wurden folgende Vorschläge gemacht: Erster Obmann: Genosse Franz Adelpoller; Geschäftsführender Obmann: Josef Illedits; 2. Obmann: Frieda Nödl; Schriftführer: Josef Wenger; Kassier: Karl Hauer; Stellvertretender Kassier: Alois Bergmann; Kontrolle: Ludwig Havacik, Alfons Pleyer, Leopold Kindl. Delegierte zur Landeshauptversammlung: Karl Hauer, Ludwig Havacik und Leopold Kindl; Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Josef Illedits und Josef Wenger; Delegierte zum Bezirksausschuß und zur Bezirkskonferenz: Josef Illedits; Bezirkskonferenz: Illedits und Hauer.

Nach der Wahl, die Vorschläge wurden einstimmig angenommen, übernahm Genosse Illedits den Vorsitz. Er dankte den scheidenden Genossen für ihre langjährige und aufopferungsvolle Tätigkeit. Genossin Werner wurde auf Vorschlag von Genossen Illedits auf Lebenszeit zum Ehrenobmann gewählt.

Favoriten

Johann Grassl †. Am 23. April 1979 ist Hans Grassl nach schwerem Leiden im 72. Lebensjahr für immer von uns gegangen. Im Krematorium würdigte Genosse Hans Schiller die Leistungen des Verstorbenen, welche in alle Organisationen der Arbeiterbewegung reichten. Neben seiner Familie kannte er nur das Leben in den Organisationen, denen er den größten Teil seiner Freizeit widmete.

Er kam 1921 in die Jugendorganisation, wurde bald darauf Mitarbeiter und blieb dies bis zu seinem Tode. Jugendorganisation, Partei, Gewerkschaft, Schutzbund waren seine Arbeitsgebiete bis 1934. Dann Tätigkeit in der illegalen R. S. Hier reicht seine Tätigkeit weit über Favoriten hinaus. Im Transport und Vertrieb, später auch bei der Herstellung der „AZ", leistete er hervorragende Arbeit, welche auch durch eine dreimalige Haft des Schuschnigg-Regimes „belohnt" wurde. Er blieb seinen Jugendidealen auch in den Jahren des Faschismus treu. 1945 war er dabei beim Wiederaufbau der Partei. Ab 1951 war er die Seele beim Aufbau des Arbeiterheimes in Favoriten. 1952 wurde er im E-Werk zum Personalvertreter gewählt, wirkte dann auch in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten.

In seinem ganzen Leben und in allen seinen Funktionen versuchte er immer, das Los der Arbeitenden zu verbessern, stand stets im Dienste der Menschlichkeit. Dies wollen wir uns im Gedenken an Hans Grassl in unserer Erinnerung bewahren. „Niemals vergessen."

Leopold Janda †. Durch das Ableben unseres Mitgliedes Genossen Leopold Janda hat die Bezirksgruppe Favoriten einen schweren Verlust erlitten. Unser Genosse Janda ist im 86. Lebensjahr durch einen tragischen Unfall vom Tode ereilt worden. Genosse Janda war Kommandant der Alarmabteilung „Victor Adler" des Republikanischen Schutzbundes am Laaerberg und wurde im Februar 1934 zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Trotz seines hohen Alters war er bis zu seinem Tode in der Funktion als Subkassier und Kontrollor in der Bezirksgruppe tätig.

Genosse Janda konnte am 6. Mai seine Wahlpflicht nicht mehr ausüben, obwohl er den Sieg unserer Partei immer geahnt hatte.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren! „Niemals vergessen."

Donaustadt

Otto Epstein †. Genosse Otto Epstein ist im Mai 1979 nach einem tragischen Unfall für immer von uns geschieden. Aus dem Nachruf seines langjährigen Freundes Franz Buchwald:

Otto Epstein war ein Freiheitskämpfer, ein Kämpfer für den Sozialismus, durch acht Jahrzehnte. In dieser Trauergemeinde sind ergraute Frauen und Männer, die Otto als Kinder von ihrer Kinderfreundezeit her kennen — und eine Woche vor seinem Tod noch marschierten Otto und Gusti neben Manfred Ackermann in strömendem Regen mit 2000 Genossen zum Ballhausplatz, um gegen das Treiben der Neo-Nazi zu protestieren. Und dazwischen, über 70 Jahre, gib es keine Phase des Kampfes der sozialistischen Arbeiterschaft, in der Otto nicht aktiv war. Seine Waffe war das Wort und das Lied. Noch klingt in unseren Ohren seine helle Stimme über seiner Laute, mit Marschliedern und Kampfgesängen. Er war mit uns bei den Jugendlichen, er war im Politischen Kabarett in Graz und in Wien; er war im Schutzbund; er war stets aktiver Vertrauensmann der Sozialistischen Partei. Er war mit uns in der Emigration und hat mit seiner hellen Stimme unsere manchmal leiser und müder klingenden Lieder angefeuert. In dem schweren Existenzkampf drüben in Amerika fand er immer Zeit zu helfen, wenn es notwendig war. So wie hier bei der Typographie, war er in New York beim Arbeiter-Sängerbund und bei seiner Gewerkschaft und in der Sozialistischen Österreichischen Emigration tätig. Wir haben dort keine Kinderfreunde gehabt; aber sobald er wieder zurückkam, war er in allen sozialistischen Organisationen, die seine Tatkraft brauchten, zur Stelle. Er war ein treuer Genosse, immer hilfsbereit, geliebt von den Kindern und Jugendlichen und Alten. Auf den Kampfeswillen und die Opferfreudigkeit von hunderttausenden Genossen, wie Du Otto es warst, ist der Fels der Sozialdemokratie gebaut.

Zuckmayer schrieb ein Buch: „Als wär's ein Stück von mir." Ja, Otto, mit Dir geht ein Stück der alten Wiener Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu Grabe, ein Stück von uns allen. Aber so lange wir Deine Stimme in uns hören können, wie Du in New York „Die Arbeiter von Wien" angestimmt hast, solange bist Du nicht tot. Und solange die Kinderfreundebewegung, die Du mitgeholfen hast, wieder aufzubauen, wächst und gedeiht, wird die neue Partei hier in Wien sein und bleiben, was Du Dein schönes, starkes, kämpferisches Leben lang erstrebt hast.

Wir hoffen, daß diese Gedanken auch Gusti, die durch viele Jahre Gefährtin seines Lebens, seiner Kämpfe war, etwas Trost und Stärke geben können. „Niemals vergessen."

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Mehr Information — das war eine der wichtigsten Forderungen in der Parteireformdiskussion. Mehr Information — nicht nur über aktuelle Fragen der Tagespolitik, sondern auch über grundsätzliche Probleme der sozialistischen Politik, über Probleme und Praxis der Parteiarbeit und über internationale Fragen. Mehr Information: dieser Forderung will das Karl-Renner-Institut mit seinen Broschürenreihen Rechnung tragen.

Prospekte und Bestellungen:

SPÖ-Materialstelle, Löwelstraße 18, 1014 Wien

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 1. Oktober 1979

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

2, Praterstern 1	Di.	16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96	Jeden 1. u. 3. Mi.	17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60b	Jeden 1. Di.	17 bis 18 Uhr
5, Siebenbrunnenfeldg. 5, Stiege 6, Parterre links	Jeden 2. u. 4. Mi.	18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9	Di.	18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25	Jeden 1. u. 3. Di.	18 bis 19 Uhr
8, Albertgasse 23	Jeden 1. Do.	17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I	Di.	16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I	Jeden 3. Di.	17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80	Jeden 2. u. 4. Di.	18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40	Mi.	17 bis 18 Uhr
13, Wolkersbergenstr. 170	Jeden 1. Di.	15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297	Jeden 2. Mi.	17 bis 18 Uhr
15, Hackengasse 13	Jeden 1. Mi.	17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6	Do.	18 bis 19 Uhr
17, Rötzergasse 29 (Mietervereinig.)	Mo.	17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62	Jeden 1. Mo.	17.30 bis 20 Uhr
19, Billrothstraße 34	Di.	16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge	Jeden 1. u. 3. Do.	18 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11	Jeden 1. Do.	17.30 bis 19 Uhr
21, Prager Straße 9	Jeden 2. Di.	17.30 bis 18.30 Uhr
22, Donaufelder Str. 259	Jeden 2. Mi.	18.30 bis 19.30 Uhr
23, Liesing, SPÖ-Bez.- Sekr, Klublokal (Parterre), Breitenfurter Str. 360, Stg. 1	Jeden 1. Mo.	9 bis 10 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

Landesverband NÖ, Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Landesparteisekretariat	Jeden 1. Di.	9 bis 11 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Samstag	9.30 bis 11 Uhr
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Samstag	10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Freitag	9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7, Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Freitag	14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

Eisenstadt, Permayerstraße 2, Bezirkssekretariat der SPÖ	Tägl.	9 bis 12 Uhr

Kärnten:

Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, Arbeiterkammergebäude I. Stock, Pensionistenverband	Tägl. außer Sa.	10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3	Jeden Mo. u. Mi.	9 bis 11 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Gasthof Gamsjäger	Jeden 1. Di.	16 bis 17 Uhr

Salzburg:

Salzburg, Paris-Lodron-Straße Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56	Jeden Di. u. Fr.	8 bis 10 Uhr

Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17	Jeden 1. Mi.	18 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur, Schillerstraße 22		
Kapfenberg, Volksheim Wiener Straße, Zimmer 14	Jeden 2. Mi.	18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirkssekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28	Jeden 1. Freitag	14 bis 16 Uhr